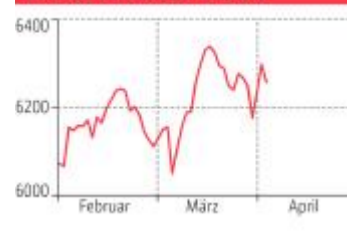


Nachrichten

SWISS MARKET INDEX



DOLLAR IN CHF



+++ SP will Zuwanderung diskutieren SEITE 14 +++ Schäuble nimmt Schweiz in Schutz SEITE 14 +++ USA: Debatte über Kapuzenpullis SEITE 16 +++

Die Lohnpolitik muss sich an der Realität orientieren

Keine zehn Jahre ist es her, dass das Volk entschieden hat, die Staatsangestellten und die Lehrerschaft des Kantons Bern nicht länger in den Genuss automatischer Lohnerhöhungen kommen zu lassen. Nun will der Regierungsrat das Rad schon wieder zurückdrehen. Zusätzlich zur Teuerung soll die Lohnsumme garantiert 1,5 oder 1,6 Prozent pro Jahr anwachsen; davon profitieren sollen (gemäss Dienstalter) alle Lehrpersonen und (gemäss Mitarbeiterbeurteilung) fast alle Staatsangestellten.

Es sagt einiges über die Machtverhältnisse in der Regierung aus, dass sich ihre Vorlage an den Lehrpersonen orientiert und die Folgen für die Staatsangestellten indirekt daraus ableitet. Taktgeber ist Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) und nicht die für das Personal primär zuständige Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP), deren Partei der Vorlage bereits den Kampf ansagt.

Unnötig ist die Reform aber aus einem anderen Grund. Sie rennt offene Türen

BZ Kommentar



Redaktor Fabian Schäfer zur Lohnvorlage der Berner Kantonsregierung

ein. Es ist im Grossen Rat inzwischen weitherum anerkannt, dass die Lohnentwicklung der jüngeren Vergangenheit ungenügend war – und dass es nicht weitergehen kann.

Hinzu kommt, dass die «Rotationsgewinne» künftig richtigerweise nicht mehr in die Staatskasse fliessen, sondern für Lohnerhöhungen eingesetzt werden. Das erhöht die verfügbaren Mittel schon einmal um etwa 0,8 Prozent der gesamten Lohnsumme. Das ist gemessen an den 1,5 Prozent, die der Regierungsrat garantieren möchte, bereits die halbe Miete.

Das muss genügen. Es wäre völlig verkehrt, den Spielraum der Finanzpolitik durch einen obligatorischen Lohnaufstieg wieder so stark zu verengen, wie dies die Regierung vorschlägt. Sollte der bernische Haushalt irgendwann wieder in ähnlich desolater Verfassung sein wie Mitte der 1990er-Jahre, muss die Politik rasch reagieren können. Es liegt auf der Hand, dass eine Sanierung, wie sie Bern nötig hatte, nicht ohne Beteiligung des Personals möglich ist. Die Politik muss auch künftig

die Möglichkeit haben, die Lohnentwicklung der Realität anzupassen.

Gleichzeitig müsste sie aber auch die Lehren aus dem grossen Lohnrückstand, den sich der Kanton eingehandelt hat, ziehen – gerade mit Blick auf die weiteren Sparübungen: Mehr denn je muss das Ziel sein, im Zweifelsfall eher weniger Staatsangestellte zu beschäftigen, diese dafür anständig zu entlohnen. Sprich: lieber auf einen Ausbau verzichten oder gar punktuell Stellen abbauen, als flächendeckend schlechte Löhne bezahlen.

Aus dieser Optik darf Bernhard Pulvers Erziehungsdirektion als Vorbild gelten: Sie hat eine Reform der Schulfinanzierung durchgesetzt, welche die Anzahl Lehrpersonen pro Schüler reduziert und damit erhebliche Mittel freispielt – für neue Aufgaben oder Lohnmassnahmen. Das ist unbedingt zur Nachahmung zu empfehlen.

Bericht: Seite 12 + 13

Mail: fabian.schaefer@bernerzeitung.ch

Diskussion: blog.bernerzeitung.ch/leserblog

«Wir bieten Hand zu Lösungen»

ZWEITWOHNUNGEN Der frühere Direktor des Bundesamts für Umwelt und Vertreter des Initiativkomitees Philippe Roch signalisiert Kompromissbereitschaft bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative. Sie sei eine grosse Chance für den Tourismus.

Philippe Roch, welchen Eindruck hinterliess die erste Sitzung der Arbeitsgruppe zur Klärung offener Fragen der Zweitwohnungsinitiative bei Ihnen? Roch: Bundesrätin Doris Leuthard hat eine gute Einleitung gemacht. Sie will ungeklärte Fragen schnell beantworten und die Stimme des Volkes respektieren. So herrschte von Beginn weg eine gute Stimmung. Ich gehe mit einem guten Eindruck nach Hause. Sie sind einer von zwei Vertretern des Initiativkomitees und sehen sich zehnmals so vielen aus Verwaltung, Kantonen, Tourismus und Wissenschaft gegenüber. Haben Sie da überhaupt eine Chance?

Das ist tatsächlich nicht ganz einfach. Doch wir sind kein politisches Gremium, in dem wir überstimmt werden können. Darum geht es gar nicht. Von uns zweien erfordert es aber viel Aufmerksamkeit, damit wir zum Beispiel nicht vorschnell einem Vorschlag zustimmen. Um was ging es heute? Wir haben die strittigen Punkte herausgearbeitet, die einer Klärung bedürfen. Die Verwaltung erarbeitet nun Vorschläge. Im Vorfeld wehte ein rauer Wind. Nachdem die Kantone ihre Position bezogen haben, verschärfte auch das Initiativkomitee den Tonfall.

Das ist Teil des politischen Spiels. Innerhalb der Arbeitsgruppe gibt es zwar auch harte Meinungen, aber sie hat die Aufgabe, Lösungen zu finden. Halten Sie tatsächlich fest an einer strikten Definition von Zweitwohnungen, wie dies jüngst Ihr Kollege Pierre Chiffelle antönte? Solange der Verfassungstext respektiert wird, sind wir kompromissbereit und bieten Hand zu Lösungen von Spezialfällen.

Können Sie ein Beispiel machen? Wohnungen für saisonale Arbeitskräfte fallen für uns nicht darunter. Es soll auch möglich sein, dass die Wohnung einer verstorbenen Grossmutter in der Familie bleibt, auch wenn die Angehörigen nicht in der Gemeinde leben. Die Regeln müssen aber so deutlich formuliert sein, dass sie nicht dem Missbrauch Tür und Tor öffnen. Sie gehen also einig mit der CVP, dass der touristische Zweitwohnungsbau dort eingeschränkt werden soll, wo es um kalte Betten geht?

Franz Weber betonte stets, dass es ihm um die Landschaft und die Natur geht, nicht um das Zerstoren der ökonomischen Grundlage. Ein Projekt wie das Resort in Andermatt bleibt möglich? Nein. Das ist Vergangenheit. Ein Reka-Dorf mit einer Belegung von 80 Prozent? Das ist kein Problem. Verstehen Sie die Beunruhigung der betroffenen Bevölkerung in den Berggebieten? Die verstehe ich schon. Es kommen Veränderungen auf die Menschen zu. Doch es muss sich etwas ändern in der Tourismuspolitik. Die bisherige Entwicklung war alles andere als nachhaltig. Sind Sie erstaunt, dass die Opposition vor dem 11. März mässig ausfiel und erst jetzt zu einem Sturm anschwillt?

Nicht ganz. In der Westschweiz machte das Wallis schon vor der Abstimmung ziemlich Wind. Nun sind halt auch die anderen Berggebiete erwacht. Der Gegensatz Flachland - Berggebiet ist aber konstruiert und wurde gezielt ausgenutzt. Die Initiative genoss auch in vielen Berggebieten eine hohe Zustimmung. Die Leute wollen die Landschaft schützen. Etwas milder formuliert, wäre die Initiative auch in diesen Gebieten angenommen worden.



Philippe Roch engagierte sich bereits im Abstimmungskampf für die Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» von Franz Weber. Links von ihm Vera Weber, rechts Judith und Franz Weber.

Keystone

Vor der Abstimmung sagten Sie einmal, Bundesrätin Doris Leuthard träume, wenn sie an eine Verbesserung der Situation glaube, ohne strikte Massnahmen einzuleiten. Jetzt ist die 20-Prozent-Grenze da, und der Tourismus wird leiden darunter. Stimmt nicht. Das ist die grösste Chance für den Tourismus. Klar, wird es eine Verlagerung geben, die vorerst schwierig ist für die

Betroffenen. Dank der Initiative kann sich der Tourismus aber von der Abhängigkeit vom Baugewerbe lösen und sich vermehrt auf die Nutzung der landschaftlichen Schönheit ausrichten. Nur das ist langfristig überlebensfähig. Diese Chance eröffnet die Initiative nun den Berggebieten. Ohne sie hätte der Tourismus diesen Schritt nie gemacht.

Interview: Christoph Aebischer

NOCH KEINE RESULTATE

Die vom Bund eingesetzte Arbeitsgruppe zur Klärung offener Fragen der Zweitwohnungsinitiative traf sich gestern zum ersten Mal in Bern. Mit dabei war auch der Berner Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP). Die Sitzung habe in einer «konstruktiven Atmosphäre» stattgefunden. Noch gebe es keine konkreten Ergebnisse. **Ob also der Baustopp ab sofort oder erst ab 2013 gilt,**

ist weiterhin offen. Ziel ist, diese und andere offene Fragen bis nach den Sommerferien zu klären und damit für Rechtssicherheit zu sorgen. Zur Arbeitstreffen trafen sich gegen dreissig Personen aus der Verwaltung, von den betroffenen Kantonen, aus dem Tourismus, der Wissenschaft und vom Initiativkomitee. Nicht vertreten waren die Umweltorganisationen. Geleitet wird die Arbeits-

gruppe von Stephan Scheidegger aus dem Bundesamt für Raumentwicklung.

Im Berner Oberland herrscht immer noch Verunsicherung, wie mit Baugesuchen für Zweitwohnungen umgegangen werden soll, einer Flut sehen sich die Gemeinden aber nicht gegenüber, wie eine kurze Umfrage zeigte. Die Anzahl bewege sich im Rahmen des Vorjahres. cab

BZ Börse

Aktuelle Daten und Marktübersicht: boerse.bernerzeitung.ch

INDIZES

	Stand	Veränd.
	3.4.	in % 2012
SMI	6258.84	-0.1 +5.4
SPI	5757.13	-0.5 +7.7
Dax	6582.18	-1.1 +18.4
Dow Jones (18 Uhr)	15212.42	-0.4 +8.1
Amsterdam (AEX)	512.08	-1.1 +3.1
Euro Stoxx 50	2458.98	-1.7 +6.1
London (FTSE-100)	5838.14	-0.6 +4.8
Mailand (FTSE-MIB)	15624.23	-2.0 +5.3
Madrid (Ibex 35)	7824.50	-2.7 -8.7
Nasdaq Comp (18 Uhr)	3114.85	-0.1 +15.6
Paris (CAC40)	3406.78	-1.6 +7.8
Stockholm (OMX)	540.97	-0.4 +11.1
HangSeng (Hong-Kong)	20790.98	+1.3 +12.8
Tokio (Nikkei 225)	10080.19	-0.6 +15.7

SMI-TITEL

Titel	Schluss	Veränd.
	3.4.	in % 2012
ABB N	18.85	-0.4 +5.5
Achalion N	14.48	+2.7 +6.3
Adesso N	47.16	-0.3 +20.4
CS Group N	25.48	-1.7 +15.3
Gründler N	857.50	-0.1 +0.3
Hölder N	57.85	-1.7 +15.1
Julius Br N	16.13	-1.1 -1.6
Nestlé N	56.70	-0.7 +5.0
Movaris N	50.65	-0.4 -5.7
Pflichterentl	58.50	+1.1 +25.1
Roche ES	160.10	-0.4 +0.7
SIG N	177.6	-0.4 +14.2
Swatch Group I	405.40	+0.6 +21.3
Swiss Life N	58.15	+0.1 +21.7
Swisscom N	58.5	-0.1 +3.7
Syngenta N	517.70	-0.7 +15.3
Synthes N	157	0.0 -0.3
Transcom N	48.83	-1.5 +14.6
UES N	13.46	-2.0 +11.4
Zürich Financial N	225.50	-0.5 +6.3

BERNER SIX-FIRMEN

Titel	Schluss	Veränd.
	3.4.	in % 2012
Aval Tech N	166.000	- +1.0
Accore N	8.52	+1.2 +1.4
BEBO / BOBE N	254	+0.7 +2.0
BON N	12.30	+0.3 +11.4
Comet N	215.50	+0.4 +44.6
Prisma N	3.000	- -6.1
Qualifon N	606.50	+1.1 +10.4
Interpoint PSC N	880	- -25.5
JungfrauBahn N	57.05	-1.1 +2.1
Lava PS	194	+1.6 0.0
Mayer Burger N	13.80	-1.6 -6.1
Miliron N	6	+1.5 +15.2
Swatch Group N	74	+0.1 +18.2
Torreon N	5.50	+1.1 +20.5
Wallent N	110	-0.4 -7.5
Victoria-Jungfrau N	17.80	- -13.6
Ypsomed N	54.10	0.0 -1.5

BERNER BÖRSE

Titel	Old	Diff	Code
	3.4.	3.4.	Volumen
Parlamentar N	12.9	15.05	4300
Prisma N	18	15.5	900
Rapid N	382	398	110
SE Swiss Entertain N	54.55	51	300
SE Swiss Entertain PS	55	58.5	85

NOTENKURSE IN FRANKEN

Land	Währung	Ankauf	Verkauf
Australien	1 AUD	0.8900	0.8900
Dänemark	100 DKK	13.4600	13.5400
England	1 GBP	1.3750	1.3750
Großbritannien	1 GBP	1.3870	1.3930
Japan	100 JPY	1.0450	1.1510
Kanada	1 CAD	0.8750	0.9610
Monaco	100 MDC	13.2400	13.6800
Schweden	100 SEK	13.0900	14.1300
USA	1 USD	0.8610	0.9450

ZINSEN

	0%	Code
	3.4.	3.4.
Berliner Staatsanleihe (30 Jahre)		
USA	3.18	0.00 1.88
Österreich	3.82	+0.01 1.82
Schweiz	0.86	0.00 0.69

EDELMETALLE

	Ankauf	Verkauf
Gold	3675.50	1676.10
Gold	Fr./kg.	48347.00 48347.00
Silber	32.85	32.90
Silber	Fr./kg.	345.80 360.90
20-Pt.-Anleihe	277.00	31.00
20-Pt.-Napoleon	276.00	31.00
American Eagle	1495.00	1605.00

FINANZ
WIRTSCHAFT
G - Geld, B - Brief, C - Kurs, D - Dividende, E - Ertrag, F - Fiktion, H - Honorar, I - Inflation, J - Jährlich, K - Kapital, L - Liquidität, M - Markt, N - Nett, O - Offiziell, P - Preis, Q - Qualität, R - Rendite, S - Status, T - Tendenz, U - Umsatz, V - Verlust, W - Wert, X - Wechsel, Y - Yacht, Z - Zins